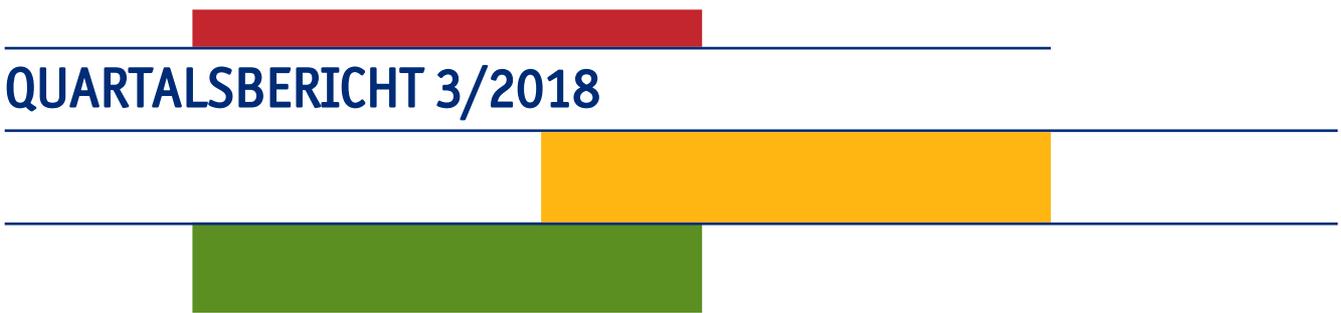


Dezernat II

Finanzen, Sicherheit & Bürgerservice



QUARTALSBERICHT 3/2018

21. November 2018



	Überblick Dezernat II	3
	Erläuterungen zum Berichtszeitraum	3
	Vorschau Gesamtjahr / Folgejahr	3
	Chancen und Risiken	5
	Ergebnisplan	6
	Budgetübersicht	7
	Stellenübersicht	11
	Kennzahlen	12



ERLÄUTERUNGEN ZUM BERICHTSZETRAUM

Das voraussichtliche, im Ergebnisplan ersichtliche Ergebnis des Dezernates 2 zum 30.09.2018 beträgt (analog des vorherigen Quartals) - 24,2 Mio. € und liegt demnach im 3. Quartal 1,120 Mio. € unter dem Planansatz.

Die ergebnisrelevanten Planabweichungen sind mit dem 2. Quartal vergleichbar und betreffen folgende Sachverhalte:

Ertragsseitig bewegen sich die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Position 04) um 492 T€ über dem Haushaltsansatz, wofür vor allem Mehrerträge bei Hortgebühren in Höhe von 330 T€ im KiHGS, wovon 220 T€ an das Land als Personalkosten abzuführen sind, verantwortlich zeichnen. Aus der Änderung der Sondernutzungsgebühren resultieren 95 T€ Mehreinnahmen im FD-KO und weitere 55 T€ gehen auf die Neukalkulation der Entgelte für Feuerwehreinsätze zurück. Die sonstigen laufenden Erträge (Position 09) unterschreiten den Planansatz um 500 T€ und betreffen nach wie vor Defizite bei Bußgeldern im ruhenden und fließenden Verkehr. Insgesamt liegen die Erträge um 52 T€ unter dem Planansatz.

Die Aufwendungen überschreiten den Planansatz insgesamt um 1,17 Mio. €. Korrespondierend zu Position 04 der Erträge entfällt in Position 07 ein Mehraufwand von 215 T€ auf den an das Land abzuführenden Personalkosten-Anteil aus Hortgebühren. Ende des 3. Quartals ist festzustellen, dass die Einsparungen im Personalkostenbudget den zu erbringenden Konsolidierungsbeitrag noch nicht vollumfänglich decken. Die Überschreitung der Personalkosten SN 1 (Position 01) beträgt 279 T€. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 04) werden um 286 T€ überschritten. Prägend sind hier an KIJ zu zahlende Betriebskosten in Höhe von 169 T€. Der Mehraufwand bei den sonstigen laufenden Aufwendungen (Position 09) von insgesamt 390 T€ ist nach wie vor überwiegend auf die Inanspruchnahme von Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr zurückzuführen. Per 30.09.2018 waren Stellen im Umfang von 11,08 VbE unbesetzt.

Aus der Kennzahlenbetrachtung im Vergleich zum Plan ergeben sich per Stichtag keine überraschenden Ausschläge im roten Bereich, da es sich um die bekannten Sachverhalte handelt:

- Im Produkt 1234 Verkehrsüberwachung weisen die Kennzahlen Anzahl geahндeter Verstöße fließender Verkehr (12340110) sowie Anzahl Verwarnungen/Bußgelder ruhender Verkehr (12340120) nach wie vor Planunterschreitungen auf. Gleiches trifft auch auf das Produkt 3654 Erhebung Elternbeiträge für Horte - Kennzahl Anzahl der Bescheide (36540100) zu.
- Im Produkt 1221 Sicherheit und Ordnung bewegt sich die Anzahl der Sondernutzungsanträge gesamt (12210100) nach wie vor auf und die Anzahl der Vorgänge ZEVD gesamt (12210110) etwas unter dem Planwert.

VORSCHAU GESAMTJAHR / FOLGEJAHR

Fachdienst Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung

Die wichtigste Aufgabe des Fachdienstes Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung (FD-HHCO) in 2018 ist die Erarbeitung der Beschlussvorlage zum Doppelhaushalt 2019/20 einschließlich der Fortschreibung des Stellenplans und der Umsetzung von Strukturveränderungen durch die Organisationsentwicklung. Das vorliegende "Szenario 2030" für die nachhaltige Finanzierung der Kommune mit langfristigem Zeithorizont gilt es in diesem Kontext mit Leben zu erfüllen.

Controlling und Organisationsentwicklung werden weiterhin von der Einführung des Business Intelligence(BI)-Systems für Themenbereiche außerhalb des Finanzcontrollings, der beschleunigten Nutzbarmachung des DMS-Systems für papierlose Prozesse über die bloße Archivfunktion hinaus sowie durch das Projekt zur strategischen Neuausrichtung des Beteiligungsmanagements geprägt sein.

Darüber hinaus begleitete der FD-HHCO sehr eng die Aufbauphase des Zentralen Projektmanagements, welches zum 01.09.2018 in die direkte Unterstellung zum OB gewechselt ist. Die umfassende Verantwortung für Digitalisierung wechselt zeitgleich zum neuen Finanzdezernenten, was zusätzliche Aufgaben für den FD-HHCO mit sich bringen wird. Als maßgebliches verwaltungsweites IT-Projekt steht für 2018 die Einführung neuer Werkzeuge für Wissensmanagement und Zusammenarbeit auf der Tagesordnung.

Fachdienst Buchhaltung und Vollstreckung

Bei Leistungen für Dritte - gesetzlich zugewiesene Vollstreckung entstand ein Minderertrag von 23 T€, der sich voraussichtlich noch durch das gesamte Jahr 2018 ziehen wird. Seit Mai 2018 nimmt der ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice bekanntlich einen Abgleich seiner Daten mit den Daten der Melderegister vor, so dass es im Jahr 2019 mit einem stark erhöhten Anfall von Vollstreckungsaufträgen gerechnet wird.

Die Säumniszuschläge wiesen ebenfalls einen Minderertrag von 10 T€ aus. Die absolute Zahl der Mahnungen sinkt seit 2013 stetig, insbesondere in Bußgeldsachen durch generell sinkende Fallzahlen infolge rückläufiger Bußgelder im fließenden Verkehr. Dies trifft auch auf Steuerangelegenheiten zu, bei denen es sich oftmals um säumniszuschlagsrelevante Sachverhalte handelt. Ebenso fallen aktuell kaum noch größere Beträge für Bausachverhalte an.

Im Jahr 2018 bleibt weiterhin ein guter Verlauf des Umstrukturierungsprozesses im FD-BVS von hoher Wichtigkeit. Durch die Auflösung der gemischten Teams und die Entstehung von zwei getrennten Bereichen - Buchhaltung, Vollstreckung - bleiben Weiterbildungen, Schulungen, Seminare etc. unabdingbar, so dass das geplante Aus- und Fortbildungsbudget nicht ausreichen wird.

Fachdienst Kommunale Ordnung

Wie in den ersten beiden Quartalen gab es auch im 3. Quartal Steigerungen bei den Einnahmen aus Sondernutzungsgebühren. Diese ergeben sich zum Teil durch die Änderungen der Sondernutzungsgebührensatzung (höhere Gebühren) und zum Teil aus gestiegenen Sondernutzungsanträgen. Eine weitere Steigerung der Sondernutzungsgebühren ist bis zum Jahresende absehbar.

Fachdienst Verkehrsorganisation

Die Fallzahlen bei stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen sind erfreulicherweise stark zurück gegangen. Der Rückgang zum Vergleichszeitraum des Vorjahres 2017 betrug 8,4 %. Insofern zeigen die stationären Messanlagen eine gute Wirksamkeit und haben das Ziel der deutlichen Geschwindigkeitssenkung auf das angeordnete Niveau zufriedenstellend erreicht. Bei den mobilen Geschwindigkeitsmessungen gab es einen Rückgang der Fallzahlen um 3,7 % im Vergleich zum Vorjahr.

Im Arbeitsfeld Verkehrsüberwachung ruhender Verkehr gingen die Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr um 7 % zurück. Gründe für diesen Rückgang waren erforderliche Einarbeitungen für neue Kollegen, die Personalressourcen banden und die größtenteils extreme Witterung mit Frost bis März und große Hitze ab Mai, die eine Reduzierung der Kontrollzeiten und einen hohen Krankenstand bei den Mitarbeitern im Außendienst einsatz bescherten. Zusätzlich wurden durch Verkehrsüberwacher langzeitige Vertretungsaufgaben in der Poststelle der Stadt übernommen, um die Funktionsfähigkeit der Poststelle zu sichern. Tendenziell zeichnet sich ab, dass die Kontrolleure des ruhenden Verkehrs immer mehr von der eigentlichen Kontrolltätigkeit durch Sondereinsätze abgehalten werden. Dazu zählen beispielsweise die Durchsetzung von Straßensperrungen bei Fußballveranstaltungen, bei der Kulturarena und sonstigen Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum.

Fachdienst Feuerwehr

Im 3. Quartal konnte bei Brandeinsätzen nur ein Wert von ca. 80 % im Erreichungsgrad der Hilfsfrist unter Berücksichtigung der Einsatzstärke erreicht werden. Ursache dafür waren zahlreiche Einsätze in ungünstiger Lage, insbesondere Flächenbrände, bei denen die Hilfsfrist nicht gehalten werden konnte. Der Rückstand im Bereich der Abrechnung Rettungsdienst konnte nicht weiter reduziert werden (ca. 3 Monate). Die geplanten Einnahmen für das Jahr 2018 werden mit großer Wahrscheinlichkeit erreicht.

Die Kooperation mit der Stadt Gera zur Bildung eines Leitstellenverbundes läuft auf der Fachebene planmäßig. Zur möglichen Aufgabenübernahme für die Leitstellen der Landkreise Saalfeld/Rudolstadt bzw. Saale-Orla-Kreis werden weitere Gespräche geführt. Für beide Kreise wurde ein Kostenangebot zur Übernahme der Aufgaben erarbeitet und versandt.

Die Vorbereitungen zur Gestaltung des ersten Grundlehrganges 2019 für die Ausbildung zum mittleren feuerwehrtechnischen Dienst in der Berufsfeuerwehr Jena werden weitergeführt. Der Lehrgang ist für das Jahr 2019 mit 18 Plätzen ausgebucht.

Fachdienst Bürger- und Familienservice

Im Vergleich zum ersten Halbjahr waren im 3. Quartal keine Änderungen zu verzeichnen. Die Auswirkungen des jeweils letzten beitragsfreien Kita-Jahres und der Erweiterung der Kita-Kapazität in Jena bedürfen der weiteren Beobachtung und die Erträge bei den Hortgebühren werden das geplante Soll vermutlich übersteigen.

Das Team Bürgerservice hatte zu Semesterbeginn ein erhöhtes Besucheraufkommen aufgrund von Anmeldung von Wohnsitz, insbesondere von ausländischen Studierenden, zu verzeichnen, so dass am Jahresende mit einer Erhöhung der Einwohnerzahl zu rechnen ist.

Fachdienst Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht

Die Tendenz einer steigender Zahl der in Jena lebenden Personen ausländischer Staatsangehörigkeit setzt sich fort. Zum Ende des 3. Quartals waren es 10.232 Personen. Auch die heterogene Zusammensetzung - starke Unterscheidungen nach Aufenthaltsgründen, geplanter Aufenthaltsdauer, Staatsangehörigkeit und rechtlichen Vorschriften - besteht weiter. Dabei ergab sich - langjährigen Erfahrungen entsprechend - zum Wintersemester 2018/19 wieder ein besonders starker Zugang im Bereich Studium.

- Der Mehraufwand im Hochschulbereich wegen der 2016 ins Aufenthaltsgesetz eingeführten Trennung der Aufenthaltsrechte für Studium und Studienvorbereitung ist erheblich.

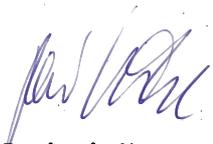
- Im Hochschulbereich forderte die Abgrenzung der Aufenthaltsgründe „Beschäftigung - § 18 Abs. 4 AufenthG“ und „Forschung - § 20 AufenthG“ intensiven Sachstands- und Erfahrungsaustausch mit FSU, EAH und zahlreichen in Wissenschaft und Forschung tätigen Instituten.
- Im Flüchtlingsbereich verlagerte sich der Schwerpunkt auf den Nachreisewunsch Familienangehöriger. Dabei hatte der in der Bundespolitik stark diskutierte Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten in Jena bisher kaum praktische Auswirkungen.

Mit gegenwärtig 10.780 in Jena lebenden Ausländern könnte bis zum Jahresende die 11.000er Schwelle überschritten werden. Die Bereiche Hochschulen, Wirtschaft und EU-Staatsangehörige weisen zusammen eine deutlich höhere Fallzahl auf als der Flüchtlingsbereich. Mit dem Zuzug von Studenten und Wissenschaftlern zum Wintersemester wurde dies noch deutlicher. In einem Teil der Öffentlichkeit besteht erfahrungsgemäß nach wie vor die Vorurteile fördernde Fehleinschätzung, wonach die Mehrheit der in Jena lebenden Ausländer Flüchtlinge seien.

CHANCEN UND RISIKEN

Der - durchaus auch erfreuliche - Rückgang der Gebühreneinnahmen bei Kontrollen im fließenden Verkehr kann zum Rückgang einer erheblichen Einnahmeposition im Dezernat führen. In diesem Bereich sollten die Bemühungen intensiviert werden, das Rotlichtblitzen in die ordnungsbehördliche Zuständigkeit der Stadt zu bekommen - auch unter Berücksichtigung der gerade dort nicht oder nicht hinreichend kontrollierten gefährlichen Verstöße.

Die Neuausrichtung der Controllingprozesse lässt erwarten, dass strukturelle Defizite in den kommunalen Verwaltungs- und Unternehmensbereichen, die kostenintensive Wirkungen entfalten, schneller und besser erkannt und bewertet werden und dem Oberbürgermeister sowie dem Stadtrat entsprechende, daraus abgeleitete Entscheidungsvorschläge vorgelegt werden.



Benjamin Koppe
Dezernent für Finanzen, Sicherheit und Bürgerservice

Stand Ergebnisplan zum 30.09.2018

Ergebnisplanposition	Werte in T€				
	Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	AO 2018	VAO 2018	Abw. zum HH-Ansatz
01 Steuern und ähnliche Abgaben					
02 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		227	7	227	0
03 Erträge der sozialen Sicherung		0	0	0	0
04 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		4.394	3.691	4.885	492
05 privatrechtliche Leistungsentgelte		149	109	150	1
06 Kostenerstattungen und Kostenumlagen		4.869	3.704	5.025	156
07 Erhöhung/Verminderung des Bestands FE/UE und Leistungen					
08 andere aktivierte Eigenleistungen					
09 sonstige laufende Erträge		3.166	2.135	2.565	-601
10 Zins- und sonstige Finanzerträge		3	6	7	4
11 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		5.183	0	5.183	0
12 außerordentliche Erträge					
13 Entnahme aus Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich					
14 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage					
15 Entnahme aus der zweckgebundenen Ergebnisrücklage					
Summe Erträge		17.989	9.653	18.041	52
01 Personalaufwendungen SN		20.062	13.605	20.341	279
02 Personalaufwendungen - ohne SN		149	114	125	-23
03 Versorgungsaufwendungen					
04 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		5.246	4.326	5.532	286
05 Abschreibungen auf immaterielle VG des AV und auf SA		721	0	721	0
06 Abschreibungen auf VG des UV, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten					
07 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen		1.989	1.898	2.241	252
08 Aufwendungen der sozialen Sicherung		73	40	51	-22
09 sonstige laufende Aufwendungen		5.367	4.641	5.757	390
10 Zins- und sonstige Finanzaufwendungen		5	12	15	10
11 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		7.503	0	7.503	0
12 außerordentliche Aufwendungen					
13 Einstellungen in Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich					
14 Einstellung in die allgemeine Rücklage					
15 Einstellung in die zweckgebundene Ergebnisrücklage					
Summe Aufwendungen		41.115	24.637	42.287	1.172
Gesamtsaldo		-23.126	-14.984	-24.246	-1.120

Ergebnis Vorjahr = vorläufiges Ergebnis 2017

VAO = voraussichtliches Ergebnis zum 31.12.2018

AO = Ergebnis gemäß Buchungsstand zum Quartalsstichtag 30.09.2018

Das voraussichtliche Ergebnis der Aufwandsposition 01 Personalaufwendung gemäß SN wurde anhand der in Durchschnittskosten bewerteten Abweichungen zwischen Stellenplan und tatsächlicher Stellenbesetzung ermittelt. Die Abweichungen gegenüber dem HH-Ansatz ergeben sich wie folgt:

Einsparungen aus der Personalkostenbudgetierung	-641
Verringerung HH-Ansatz für Konsolidierungsbeitrag 1,5%	307
Verringerung HH-Ansatz für zusätzliche Konsolidierung (10 VbE in 2016 bzw. 3,0% ab 2017)	614
Abweichung Gesamt-Soll zum HH-Ansatz	0
Abw. zum HH-Ansatz	279



Stand Ergebnisplan zum 30.09.2018 je Budget

Budget	Bezeichnung Verantwortliche/r	Erläuterung	Werte in T€				
			Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	Gesamt-Soll 2018	VAO 2018	Abweichung zum Gesamtsoll
T2002150	Team Haushalt Dezernat 2 Herr Pietsch	AW.01: Minderaufwand 28 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 4 T€ Betriebskosten an KIJ gemäß Verträge 2018 AW.09: Minderaufwand 3 T€ Mieten an KIJ gemäß Verträge 2018		0	-1	27	27
T2012110	FD Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung Herr Berger	AW.01: Minderaufwand 78 T€ Personalaufwendungen SN 1		-948	-1.144	-1.066	78
T2012120	FD HHCO - Projekt Doppik Herr Berger			-10	-88	-88	0
T2012130	FD HHCO - Betriebe Herr Berger						
T2022140	FD Buchhaltung und Vollstreckung Frau Perret	ER.04: Minderertrag 23 T€: Fälle aus gesetzlich zugewiesener Vollstreckung von Rundfunkbeiträgen sind nach Umstellung der Rechtsgrundlage - Erhebung pro Wohnung - im Jahr 2013 nach anfänglichen erheblichen Fallzahlen spürbar gesunken und werden erst ab 2019 nach erneutem Melderegisterabgleich im Juni 2018 wieder steigen. ER.09: Minderertrag 10 T€: Die absolute Zahl der erforderlichen Mahnungen sinkt seit 2013 stetig, insbesondere in Bußgeld- und Steuersachen. Gerade die Steuersachen sind die säumniszuschlagsrelevanten Sachverhalte. Auch Bausachverhalte mit größeren Beträgen kommen aktuell kaum noch vor. AW.01: Mehraufwand 38 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 25 T€ für Betriebskosten an den Eigenbetrieb KIJ AW.09: Mehraufwand 7 T€ bei Sonstigen Geschäftsaufgaben infolge steigender Kontoführungsgebühren. Zudem werden voraussichtlich 15 T€ vom Budgetergebnisübertrag für Aus- und Fortbildungen aufgrund Strukturänderung im FD BVS sowie für die damit verbundenen Umzugskosten u. den Einbau einer zusätzlichen Tür durch KIJ benötigt.		0	-68	-111	-43

Budget	Bezeichnung Verantwortliche/r	Erläuterung	Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	Gesamt-Soll 2018	VAO 2018	Abweichung zum Gesamtsoll
T2032510	FD Kommunale Ordnung Herr Arndt	ER.04: Mehrertrag 95 T€ Sondernutzungsgebühren, Steigerung aufgrund der gestiegenen Sondernutzungsgebühren ER.09: Mindererträge 26 T€ aus Verwarnungs- und Bußgeldern Gewerbebehörde - durch anfängliche Kontrollen besseres Verhalten der Gewerbetreibenden AW.01: Minderaufwand 18 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 18 T€ Betriebskosten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018 AW.04: Mehraufwand 39 T€ Sonstig bezogene Leistungen aufgrund nicht planbarer Amtsverwahrung von Hunden in einem Sterbefall AW.09: Minderaufwand 32 T€ Mieten an KIJ aufgrund aktueller Verträge KIJ		-2.813	-2.868	-2.805	63
T2042530	FD Verkehrsorganisation Herr Apelt	ER.04: Mindererträge 7 T€ Ausnahmegenehmigungen u.a. Eigenbetriebe, aufgrund geänderter Buchungsgrundlage ER.06: Mehrertrag 7 T€ Ausnahmegenehmigungen Eigenbetriebe, aufgrund geänderter Buchungsgrundlage ER.09: Mindererträge 580 T€ aus Verw.- u. Bußgelder ruhender und fließender Verkehr, davon ruh. Verk. 170 T€ hoher Krankenstand u. reduzierten Einsatz bei Niedrigtemperaturen sowie 410 T€ fließender Verkehr aufgrund erheblichen Rückgang der Fallzahlen bei stationären Messanlagen AW.01: Mehraufwand 46 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 14 T€ Betriebskosten an KIJ aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018 AW.04: Minderaufwand 51T€ Aufwand an Geräteanbieter (Jenoptik) aufgrund erheblichen Rückgangs der Fallzahlen bei stationären Messanlagen AW.09: Minderaufwand 12 T€ Mieten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018		-554	-554	-1.131	-577
T2052540	FD Feuerwehr Herr Schörnig	ER.04: Mehrertrag 55 T€ Benutzungsgebühren lt. Satzung, Steigerung aufgrund der Gebührenerhöhung (Abrechnungsstand 05/2018) ER.06: Mehrertrag 120 T€ Erstattung SHK und Weimar für Rettungsleitstelle, Erhöhung aufgrund gesteigener Fallpauschale AW.01: Mehraufwand 348 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 50 T€ Betriebskosten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018 AW.09: Minderaufwand 53 T€ Mieten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018		-13.001	-13.154	-13.325	-171

Budget	Bezeichnung Verantwortliche/r	Erläuterung	Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	Gesamt-Soll 2018	VAO 2018	Abweichung zum Gesamtsoll
T2062610	FD Bürger- und Familienservice Herr Schroth	ER.06: Mehrertrag 19 T€ Erstattungen vom Land für Bundestagswahl 2017 ER.09: Mehrertrag 2 T€ Verwaltungsgebühren FD BFS aufgrund gestiegener Fallzahlen AW.01: Minderaufwand 84 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.02: Minderaufwand 23 T€ Aufwandsentschädigung Wahlhelfer aufgrund effizienter Besetzung der Wahllokale mit Mindestanzahl und auch aufgrund des Einsatzes von Bediensteten der Stadt AW.04: Mehraufwand 12 T€ Betriebskosten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018 AW.07: Minderaufwand 26 T€ Zuschuss an Studentenwerk aufgrund niedriger Anzahl an Anträgen AW.09: Minderaufwand 13 T€ Mieten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018 AW.09: Minderaufwand 7 T€ Aufwendungen für Wahlen		-3.029	-3.087	-2.922	165
T2062611	FD BFS - KIHGS / Erziehungsgeld Herr Schroth	ER.04: Mehrertrag 110 T€ aus Hortgebühren (Hochrechnung Buchungsstand 670 T€ /10 Monate*12 Monate) aufgrund gestiegener Anzahl an Hortkindern ER.04: Mehrertrag 220 T€ aus Hortpersonalkosten (Hochrechnung Buchungsstand 940 T€ /10 Monate*12 Monate) aufgrund gestiegener Anzahl an Hortkindern ER.09: Mindererträge 3 T€ Zwangsgelder BaföG aufgrund erhöhter Anzahl an Rücknahmen aus Bescheiden aus vergangenen Jahren AW.04: Mehraufwand 2 T€ Betriebskosten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018 AW.04: Mehraufwand 4 T€ Ausstattungs- und Verbrauchsmaterial für die Broschüre "Familien in Jena" AW.07: Mehraufwand 215 T€ Weiterleitung Hortpersonalkosten / Erträge i.H.v. 1.120.000 € abzgl. 2,5 % Einbehalt AW.08: Minderaufwand 22 T€ Mittagsverpflegung und Kitagebührenerstattung, aufgrund geringerer Fallzahlen in beiden Fällen AW.09: Minderaufwand 4 T€ Mieten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018		-946	-975	-836	139
T2072620	FD Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht Frau Horatschek	ER.04: Mehrertrag 40 T€ aus Verwaltungsgebühren Standesamt und Ausländerbehörde aufgrund gestiegener Fallzahlen AW.01: Mehraufwand 62 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 44 T€ Betriebskosten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018 AW.09: Mehraufwand 38 T€ Mieten an KIJ aufgrund aktueller Verträge 2018 AW.09: Mehraufwand 42 T€ Aufwendungen für die Bundesdruckerei aufgrund gestiegener Fallzahlen im Bereich der Ausländerbehörde		-1.825	-1.840	-1.988	-147

Budget	Bezeichnung Verantwortliche/r	Erläuterung	Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	Gesamt-Soll 2018	VAO 2018	Abweichung zum Gesamtsoll
Summe Dezernat 2				-23.126	-23.778	-24.246	-467
zzgl. Abweichung Gesamt-Soll vom Haushaltsansatz							-653
Abweichung VAO vom Haushaltsansatz							-1.120

Ergebnis Vorjahr = vorläufiges Ergebnis 2017

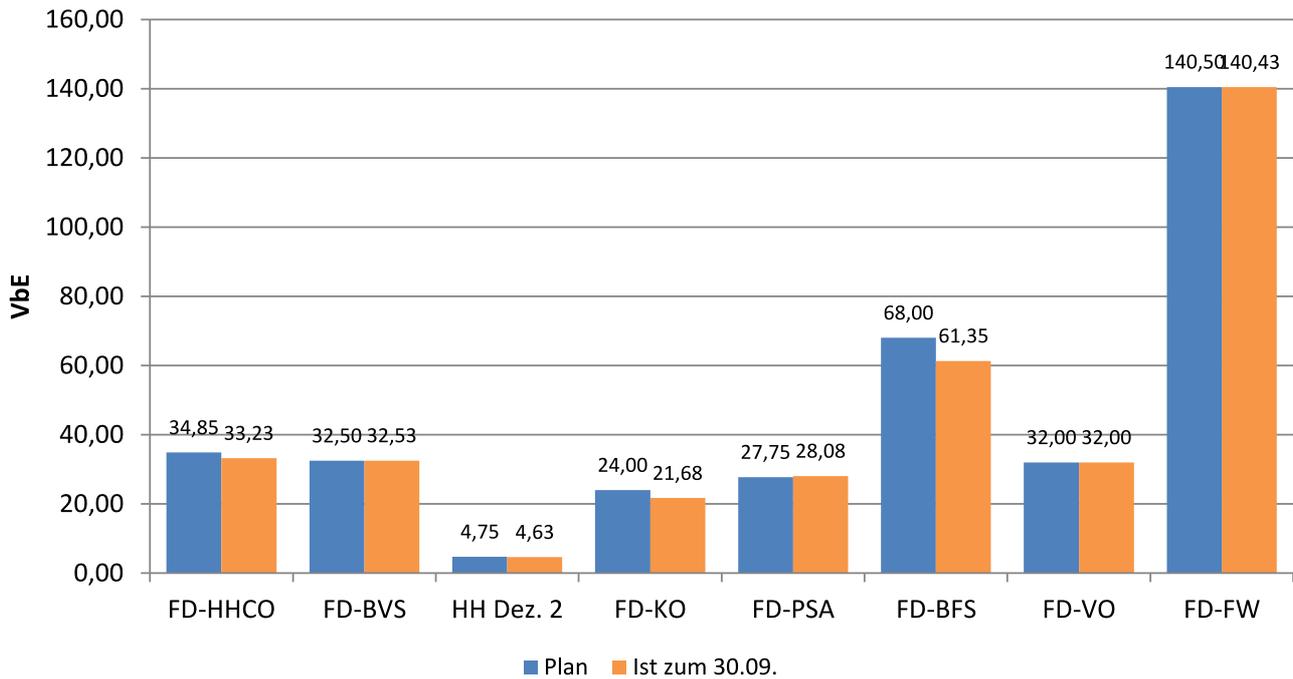
Gesamtsoll = HH-Ansatz zzgl. Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr, über- und außerplanmäßigen Mitteln sowie Sollüberträgen (fortgeschriebener Ansatz)

VAO = voraussichtliches Ergebnis zum 31.12.2018

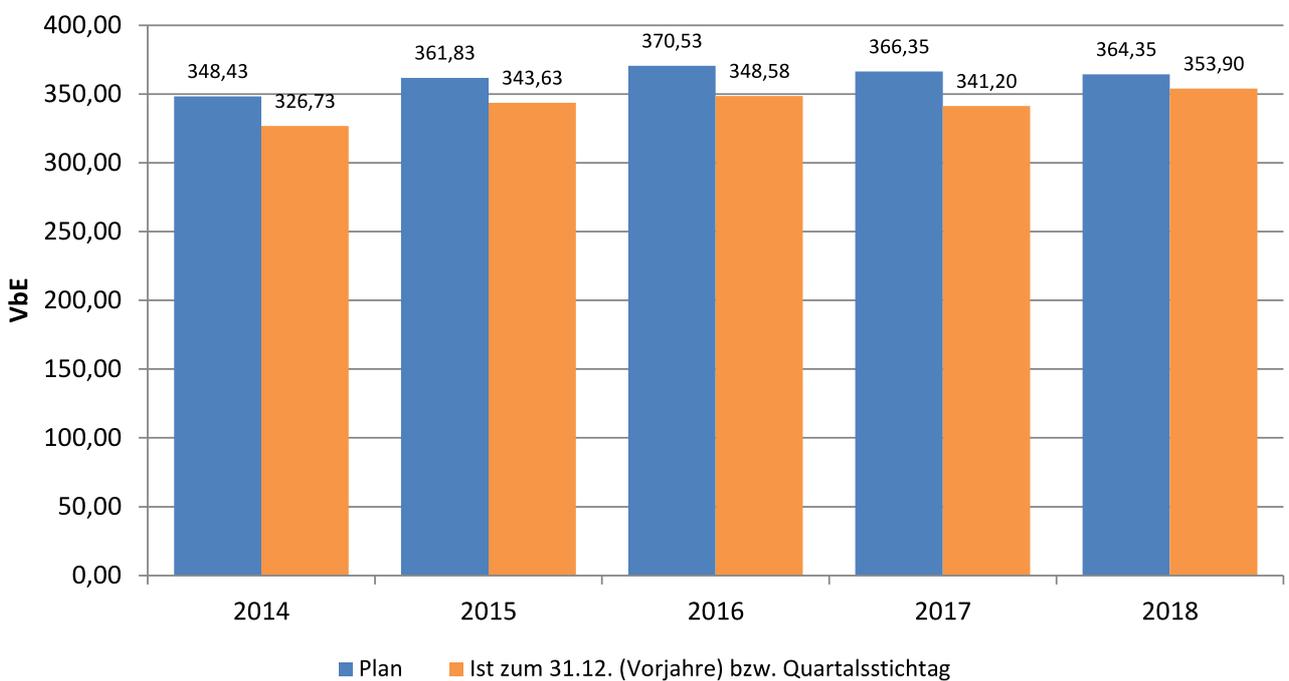
Das voraussichtliche Ergebnis der Aufwandsposition 01 Personalaufwendungen gemäß Sammelnachweis wurde anhand der in Durchschnittskosten bewerteten Abweichungen zwischen Stellenplan und tatsächlicher Stellenbesetzung ermittelt.



Stellenbesetzung je Fachdienst



Stellenentwicklung



Kennzahlen zum 30.09.2018 je Budget

Einheiten entsprechend Kennzahl
Plan-/Ist-vergleich lfd. Jahr

Budget	Produkt	Kennzahl	Plan 2018	Plan zum Stichtag	Ist zum Stichtag	Abw. vom Plan
T2032510	FD Kommunale Ordnung					
1221	Sicherheit und Ordnung (P)					
		1) Mindestens 95 % der Sondernutzungsanträge werden innerhalb von 10 Arbeitstagen beschieden. 2) Im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit mit der Polizei werden im Kalenderjahr mindestens 48 gemeinsame Streifengänge durchgeführt.				
	12210030	Anzahl der gemeinsamen Streifengänge mit der Polizei	48	36	46	27,78 % ✓
	12210100	Anzahl der Sondernutzungsanträge gesamt	1.210	726	965	32,92 % ✗
	12210110	Anzahl der Vorgänge ZEVD gesamt	6.950	5.560	4.889	-12,07 % ●
1222	Gewerbe (P)					
		1) Jede Gaststätte wird im Kalenderjahr mindestens 1x kontrolliert. 2) Jede Spielhalle wird im Kalenderjahr mindestens 2x kontrolliert.				
	12220110	Saldo An-/Abmeldungen	-100	-75	-37	38,00 ✓
	12220120	Anzahl der aktiven Gewerbebetriebe	6.700	6.700	6.660	-0,60 % ✓
T2042530	FD Verkehrsorganisation					
1231	Verkehrsrechtliche Anordnungen, Erlaubnisse und Genehmigungen (P)					
		1) 85% der Anordnungen werden innerhalb von 10 Arbeitstagen beschieden. 2) 90 % der Ausnahmegenehmigungen werden innerhalb von 5 AT entschieden. 3) Die Verkehrsunfallzahlen verringern sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 2 %. 4) Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit innerhalb des Stadtgebietes beträgt mindestens 30 km/h.				
	12310010	Anteil der innerhalb von 10 AT beschiedenen Anordnungen in %	85	85	88,87	3,87 ✓
	12310020	Anteil der innerhalb von 5 AT entschiedenen Ausnahmegenehmigungen in %	95	95	96,27	1,27 ✓
1234	Verkehrsüberwachung (P)					
		1) Die Verkehrsunfallzahlen an Unfallschwerpunkten verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 3 %. 2) In WS-/Gerichtsverfahren halten Entscheidungen zu 95 % der Überprüfung stand.				
	12340021	Anteil der im WS-/Gerichtsverfahren bestätigten Entscheidungen in %	95	95		-95,00 ✓
	12340110	Anzahl geahndete Verstöße fließender Verkehr	95.000	76.000	62.172	-18,19 % ✗
	12340120	Anzahl Verwarnungen/Bußgelder ruhender Verkehr	40.000	32.000	28.154	-12,02 % ✗
T2052540	FD Feuerwehr					
1261	Brandschutz (P)					
		1) In mindestens 90 % der Alarmierungen wird der Einsatzort in der erforderlichen Sollstärke (Funktionen) und in der vorgegebenen Hilfsfrist für bebaute Ortslagen erreicht.				
	12610010	Erreichungsgrad der Funktionsstärke und Hilfsfrist in %	90	90	80,6	-9,40 ✗
1271	Rettungsdienst (P)					
		1) In mindestens 95 % der Einsätze wird der Einsatzort innerhalb der vorgegebenen Hilfsfrist erreicht.				
	12710010	Erreichungsgrad der Hilfsfrist in %	95	95	96,1	1,10 ✓
1272	Leitstelle (P)					
	12720100	Anzahl der vermittelten Einsätze gesamt	60.300	45.225	45.438	0,47 % ✓
T2062610	FD Bürger- und Familienservice					
1225	Einwohnerwesen (P)					
		1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Funktion Korrektur Person geringst möglich zu nutzen. 2) Die durchschnittliche Wartezeit im Jahr beträgt maximal 11 min. 3) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt im Jahr maximal 18 min. 4) Die durchschnittliche Kundenzufriedenheit des Vorjahres entspricht mindestens der Schulnote 2,0.				
	12250010	Anteil Fälle, in denen Korrekturfunktion genutzt	2,5	2,5	1,15	-1,35 ✓

Budget		Plan-/Ist-vergleich lfd. Jahr			
Produkt	Kennzahl	Plan 2018	Plan zum Stichtag	Ist zum Stichtag	Abw. vom Plan
	wurde, an Gesamtfällen in %				
12250020	Durchschnittliche Wartezeit (min)	11	11	2,75	-8,25 ✓
12250030	Durchschnittliche Bearbeitungszeit (min)	18	18	10	-8,00 ✓
12250041	Kundenzufriedenheit (Schulnote)	2	2	1,27	-0,73 ✓
12250042	Anzahl der Umfrageteilnehmer	600	450	643	42,89 % ✓
1232	Fahrerlaubnisse (P)				
	1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Fehlerquote bei der Übermittlung an das Kraftfahrtbundesamt zu minimieren.				
	2) In mind. 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand.				
	3) Die durchschnittliche Wartezeit beträgt maximal 3 min.				
	4) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt maximal 16 min.				
12320010	Fehlerquote in %	0,5	0,5	0,29	-0,21 ✓
12320020	Widerspruchsquote - ungerechtfertigte Widersprüche in %	90	90	100	10,00 ✓
12320030	Durchschnittliche Wartezeit des Bürgers in min.	3	3	1	-2,00 ✓
12320040	durchschnittliche Bearbeitungszeit in min.	16	16	16,19	0,19 ✓
1233	Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen (P)				
	1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Funktion Korrektur Person geringst möglich zu nutzen.				
	2) Die durchschnittliche Wartezeit im Jahr beträgt maximal 11 min.				
	3) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt im Jahr maximal 18 min.				
	4) Die durchschnittliche Kundenzufriedenheit des Vorjahres entspricht mindestens der Schulnote 2,0.				
	5) Die Bescheiderteilung für Außerbetriebsetzungen erfolgt innerhalb von 3 Arbeitstagen.				
12330010	Anteil Fälle, in denen Korrekturfunktion genutzt wurde, an Gesamtfällen in %	0		0,18	0,18 ●
12330020	Durchschnittliche Wartezeit (min)	11	11	2,75	-8,25 ✓
12330030	Durchschnittliche Bearbeitungszeit (min)	18	18	16,75	-1,25 ✓
12330041	Kundenzufriedenheit (Schulnote)	2	2	1,27	-0,73 ✓
12330042	Anzahl der Umfrageteilnehmer	600	450	643	42,89 % ✓
T2062611	FD BFS - KIHGS / Erziehungsgeld				
3512	Sonstige soziale Angelegenheiten - Bundeselterngeldgesetz (P)				
	1) In mindestens 80 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand.				
	2) Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer im Jahr beträgt maximal 25 Arbeitstage.				
	3) Die durchschnittliche Erledigungsquote beträgt im Jahr mindestens 90 %.				
35120010	Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	80	80	66,67	-13,33 ✗
35120020	durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Arbeitstagen	25	25	24,08	-0,92 ✓
35120030	Erledigungsquote in % (ab 7/2015 nur für Bundeselterngeld aufgrund Nichtigkeitserklärung des Betreuungsgedgesetzes durch das BVE)	90	90	85,92	-4,08 ●
35120032	Anzahl der Anträge - Bundeselterngeld	1.800	1.350	1.484	9,93 % ✓
3653	Erhebung Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und bei Inanspruchnahme der Tagespflege - Verrechnungsprodukt (P)				
	1) In mindestens 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand.				
36530010	Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	90	90	80	-10,00 ✗
36530100	Anzahl der Bescheide	8.500	5.950	6.931	16,49 % ●
3654	Erhebung Elternbeiträge für Horte in Schulen - Verrechnungsprodukt (P)				
	1) In mind. 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand.				
36540010	Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	90	90	75	-15,00 ✗
36540100	Anzahl der Bescheide	5.000	4.250	3.652	-14,07 % ●
T2072620	FD Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht				
1224	Aufenthaltsrecht von Ausländern (P)				
	1) Pro elektronischem Aufenthaltstitel (eAT) beträgt die Anzahl der Bürgervorsprachen im Durchschnitt nicht mehr als 3.				
	2) Im Rahmen einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung bleibt die Zahl der fehlerhaft bestellten elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) sowie Reiseausweise unter 2 %.				
12240010	Vorsprachenquote für elektronische Aufenthaltstitel (Anzahl Vorsprachen je eAT)	1,8	1,8	1,23	-0,57 ✓

Budget		Plan-/Ist-vergleich lfd. Jahr			
Produkt	Kennzahl	Plan 2018	Plan zum Stichtag	Ist zum Stichtag	Abw. vom Plan
12240020	Fehlerquote beim elektronischen Aufenthaltstitel sowie Reiseausweis in %	1,57	1,57	0,35	-1,22 ✓
12240024	Anzahl ausgehändigter eAT sowie Reiseausweise	3.500	2.625	3.410	29,90 % ✗
12240110	Anzahl aktuell aufhältiger Ausländer	8.500	8.500	10.232	20,38 % ●